

# Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.30, im sonstigen Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., aufwärts 20 Pfg., Reklameteilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gae. 4444 Fernsprecher 33. Anzeigenannahme: In Calw: Hauptstraße 109 Nr. 160  
Jahrgang 53 | Anzeigennahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 89 | Dienstag, den 22. Juli 1919

## Tagesschau.

Heute findet in Berlin eine Kabinetsitzung statt. Zur Verhandlung steht eine Verordnung gegen den Wucher, ferner über die Vermittlung von Mieträumen und ein Gesetz über Festsetzung der Invalidität im Sinne der Invaliditätsversicherung auf Grund eines Militärrentenverfahrens.

Ueber die voranschreitende Wirkung der Blockade wird an zuständiger Stelle vermutet, daß uns aus dem neutralen und uns bisher feindlichen Ausland große Mengen Lebensmittel angeboten werden. Die Aufhebung der Blockade wird eine sofortige entscheidende Umwälzung unserer Ernährungswirtschaft zwar nicht bringen, doch wird mit einer fühlbaren Besserung zu rechnen sein.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mainz, daß die bereits angekündigte Fiktion der Banque Nationale de Credit in Paris nunmehr erfüllt und Dr. Karl Hanfstaengl zu ihrem Vetter ernannt worden ist.

Die Vossische Zeitung meldet aus Karlsruhe: Prinz Max v. Baden, der sich zuletzt mit seiner Familie in Salem am Bodensee aufhielt, ist dieser Tage mit seiner Familie in einem Motorboot nach der Schweiz geflüchtet. Die Kommunisten wollten einen Aufschlag auf ihn ausführen.

## Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 19. Juli.

In der heutigen Sitzung gab es wieder einen „Wischensfall“. Die Beratung des militärischen Pensionsgesetzes benötigte der Unabhängige Seeger-Heipzig, um dem verhassten Reichswehrminister Noske ein auszuweichen. Der aber blieb die Antwort nicht schuldig und Präsident Fehrenbach mußte nach beiden Seiten Rücksicht erteilen. Die Zahlung der Rente in Gold erklärte Abg. Wurm (Unabh. Soz.) für verfehlt. Er mußte sich aber befehlen lassen, daß bei dem geringen Wert unseres Papiergelds eine Aufbesserung der Pensionszahlungen des Reichs notwendig sei. Wer nicht in Goldgeld bezahle, habe einen entsprechenden Mehrbetrag in Papiergeld zu entrichten und so werden wir die im Ausland herumfliegenden deutschen Banknoten wieder hereinbekommen. Das Gesetz über die Goldzahlung wurde dann gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

### Sitzungsbericht.

Beratung des Gesetzes betreffend Zahlung der Rente in Gold.

Das Gesetz verlangt wegen des gesunkenen Werts des Papiergelds die Begleichung der Rente in vollwertigen Zahlungsmitteln, um der Entwertung der Reichsmarkwährung zu begegnen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Von einer Verschärfung des Schulzollens durch die Valuta kann man nicht sprechen. Der Nachfrager nach Gold wird durch das Gesetz in keinem besonderen Grade gefördert, da die Zahlung ja auch mit einem entsprechenden Maße von Papiergeld erfolgen kann. Dadurch wird sich die Nachfrage nach unedlen im Ausland herumfliegenden Geldnoten heben und vermutlich die Valuta etwas bessern.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Gesetzentwurf über ein Gesetz von Kalkseifen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung von Pensionen der Reichsbeamten in die das 65. Lebensjahr vollendet haben in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens wird an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzentwürfe über die Entschädigung der infolge Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und der Schutztruppe ausscheidenden Offiziere und Deckoffiziere, sowie über die Entschädigung der aus gleichem Grunde ausscheidenden Kapitulanten.

Reichsminister Reinhardt: Unerwartet erkennt die ganze Welt an, daß unsere Offiziere und Mannschaften in einzig dastehender Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. (Beifall.) Dilemme Geist verdanken wir, daß die Mehrzahl der einjährigen Schlachtfelder eine Stätte des Sieges für uns und der Niederlage für unsere Gegner bedeutet. Unsere Kinder und Kindes-Kinder werden es allen Tapferen danken, wie sie schon jetzt den für uns Gefallenen aus tiefstem Herzen danken. (Lebh. Zustimmung.) Der Teil unserer wirtschaftlichen Lasten wird gern getragen werden, der diesem Dank Ausdruck gibt.

Redner der Sozialdemokratie, der Demokratie und der Deutschen Nationalen sowie des Zentrums sind einzig in der Anerkennung der Verdienste des Heeres.

Abg. Seeger (U.S.P.): Auffallend ist, daß die Beratungen so mit einem U.S.P. auf den Massenmord enden sollten. (Unruhe.) Besser wäre, zuerst für die Kriegsschädigten zu sorgen.

Reichswehrminister Noske: In den letzten Monaten haben die Truppen Deutschland vor dem Chaos zu bewahren. Sie haben ihre Haut für Märkte getragen gegen verbrecherische Personen und verbrecherische Verbrechen. Sie traten für den inneren Frieden ein. Dafür verdienen sie unseren Dank. (Beifall.)

Der Vorn bei den Unabhängigen. Zuerst: Die Bande muß raus! Der Minister weist Seeger niederträchtigste Schandwirtschaft vor. (Große Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Herr Wehrminister, es geht nicht an, daß einem Mitglied des Reichstages Schandwirtschaft vorgeworfen wird. Ich muß Sie rügen.

Noske fortfahrend: Keine Gemeinheit, Niedertracht und Lüge, die nicht Tag für Tag in der Unabhängigen Presse gegen die Soldaten zu finden wären. Die vorgekommenen Ausschreitungen sind lediglich die Folgen der schamlosen Heerei, die gegen die Truppen getrieben wurde. Wegen der Schuldigen sind mir aufs Strengste vorgegangen.

Reichsminister Reinhardt: Das ist mit mir alle Deutschen einig, daß der Heldentod auf dem Schlachtfeld vom Massenmord ebenso weit entfernt ist wie der Terror von der Freiheit.

Der Gesetzentwurf wird an die Kommission verwiesen. In dritter Beratung wird das Reichsbedelungsgesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso der Entwurf einer Kleingarten- und Kleinpächterlandordnung.

Nächste Sitzung Montag nachmittag 3 Uhr: Verfassungsentwurf.

## Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 18. Juli.

Der Haushalt des Arbeitsministeriums, das nach der Verfassung des Reichs in die Reichsregierung berufen ist, wird dem Ernährungsminister Baumann vorläufig verwaltet wird, gab in der heutigen Sitzung Veranlassung zu einer ausgedehnten Debatte. Von der rechten Seite wurde das Ministerium als überflüssig bezeichnet, einstimmig war man im Halbmondsaal der Ansicht, daß es der Umgestaltung bedürftig sei. Das Ministerium soll durch Einwirkung der Zentralstelle für Handel und Gewerbe einheitlicher und leistungsfähiger gemacht werden, auch die Regelung der übergroßen Zahl der Beamten und deren Gehaltsbezüge ist in Aussicht genommen. Schließlich wurde der Etat in der Nachmittagsitzung gegen die Stimmen der Bürgerpartei erledigt. Der Antrag Bazille (B.P.), die Regierung möge im Staatsansehen für die Erhaltung der Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot eintreten, wurde auf Veranlassung der Abg. v. Hieber und Walter verlag.

### Sitzungsbericht.

Präsident Keil eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Etat des Arbeitsministeriums.

Abg. Graf (Z.): Im Finanzausschuß wurde die Meinung vertreten, daß das Arbeitsministerium ein Erbe der Reichswehr sei und die Regierung antreten mußte. Der Staat sollte die Lasten und Aufgaben nur übernehmen, soweit es absolut notwendig ist. Die Meinung im Ausschuß ging dahin, daß durch eine Eingliederung der Zentrale für Handel und Gewerbe in das Arbeitsministerium die bisherige Doppelarbeit vermieden würde. Die Gehälter der Beamten b. im Arbeitsministerium sind vielfach ungerecht hoch bemessen.

Abg. Pflüger (S.): Das württembergische Arbeitsministerium ist vorläufig noch eine Notwendigkeit. Das letzte Pronostium kann nicht bestehen bleiben. Die Beamten sind bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt; die Frage ist allerdings, ob die Arbeiten, die dort getan werden, auch alle notwendig sind. Manche Gemeinden sind in der Frage von Beschaffung von Postanstellungen sehr im Rückstand. Man hört, daß die Zementfabriken halbseitigen Zement künstlich zurückhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Abg. Henne (D.D.P.): Die Verfügungen des Arbeitsministeriums haben auf das Handwerk vielfach schädlich gewirkt. Der Mittelstand erhebt die dringende Forderung, daß die Umgestaltung des ganzen Arbeits- und Wirtschaftslebens nicht zu Gunsten einer Berufsgruppe vorgenommen wird.

Abg. Schuler (Z.): Die heutige Zeit ist die allerungeeignetesten Zeit, das Handwerk zu sozialisieren. Wir müssen den Nachbarn danken für das Handwerk ablehnen, wenigstens für Betriebe die weniger als 20 Arbeiter beschäftigen.

Abg. Schaible (B.P.) begründet seine Anfrage an den Arbeitsminister wegen Zusammenfassung von Textilwaren aus den Heeresbeständen an den württembergischen Kriegerbund mit seinen 150 000 Mitgliedern.

Abg. Frau Jeklin (U.S.P.): Bei der Besetzung der Stellen im Arbeitsministerium waren persönliche Wünsche maßgebend.

Abg. W. B. (B.P.): Das Arbeitsministerium ist eine unglückliche Einrichtung, die den Betriebsräten so eine Art Heimatsdienstleistungen zu leisten hat. Lassen wir dem Handwerk die Gewerbefreiheit, der Industrie die Bewegungsfreiheit, dann brauchen wir kein Arbeitsministerium. Wir haben vielmehr keinen Forderung, eben weil wir ein Arbeitsministerium haben. Die Abteilung für Arbeitsbeschaffung ist eine Abteilung zur Vergewaltigung öffentlicher Mittel.

Abg. B. (D.D.P.): Ich sehe in dem Arbeitsministerium die württembergische Zentralisation für die Rückführung in unserer wirtschaftlichen Betätigung. Wir müssen heraus aus der Kriegs- und Zwangswirtschaft, die aber nicht in eine Planwirtschaft überführt werden darf.

Bei der Abstimmung wird das Arbeitsministerium gegen die Stimmen der Bürgerpartei genehmigt.

Der Ausschussantrag, das Arbeitsministerium zu erforschen, sobald als möglich einen allmählichen Abbau einzelner Abteilungen des Arbeitsministeriums, insbesondere der wirtschaftlichen Abteilung in Angriff zu nehmen, wird einstimmig angenommen.

Der Ausschussantrag: Die Verfügung über Dringlichkeitsbescheidigungen für Bauausführungen vom 3. Juni 1919 dahin zu ändern, daß die Gesamtmenge der Baugesamtheit die im Kleinverkauf abgegeben werden dürfen, zu dringenden Reparaturen und Verbesserungen landwirtschaftlicher Gebäude, Ställe usw. wesenlich erhöht wird einstimmig genehmigt.

Die Wahlenanträge betreffend Verleihung von Haus-

brandkassen und betreffend Tätigkeit von Kriegshilfe und Schwab, Bürgerheim werden einstimmig genehmigt.

In Kapitel 38 liegen 6 Anträge des Abg. Schuler (Z.) vor betreffend einheitliche Stellung der Streitigkeiten über die Zugehörigkeit zur Handels- oder Handwerkskammer, Beiträge für Lehrlingsausbildung, Ausbildungsstelle für Handwerker und Gefellen Schaffung von Berufsberatungstellen, Errichtung einer Rohstoffstelle neue Vorschriften für die Vergabung öffentlicher Arbeiten, die sämtlich dem Finanzausschuß überwiesen werden.

Abg. v. Hieber (D.D.P.) regt die Schaffung eines besonderen Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten im künftigen Landtag an.

Zum Titel Gewerbeaufsicht liegen außer den Ausschussanträgen vor:

ein Antrag Gengler-Hanzer (Z.), den Gewerbeaufsichtsausschüssen die Aufsicht in gehobene Stellen zu ermöglichen

ein Antrag Kauffmann (D.D.P.) auf geschliche Einführung des Instituts der Fabrikpächterinnen, ferner

ein Antrag Schradin (S.) die Funktionen der Fabrikpächterinnen auf Vertrauenspersonen der Gewerkschaften übertragen.

Die Anträge betr. Fabrikpächterinnen werden dem Finanzausschuß überwiesen.

Der Antrag Gengler wird gegen die Sozialdemokratie angenommen.

Abg. Bazille (B.P.) wünscht nach Behandlung seines Antrags auf der heutigen Tagesordnung gestandenen Antrags betreffend die Reichsfarben.

Abg. v. Hieber (D.D.P.): Der Staatsansehen sei nicht kompetent für diese Frage es scheint daher nicht zweckmäßig, sie heute zu behandeln. Er beantragt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen.

Abg. Dr. Wolff (B.P.) erklärt, daß das geschäftsordnungs-

näßig nicht zulässig sei.

Abg. v. Hieber zieht seinen Antrag zurück zu Gunsten

der Anregung Walter (Z.), die Beratung jetzt abzubrechen.

Präsident Keil legt die nächste Sitzung auf Samstag 9 Uhr fest mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Eratsberatung.

Abg. Bazille (B.P.) beantragt, als ersten Punkt seinen Antrag auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Bürgerpartei

und des Abg. Bauer (Z.) abgelehnt.

(\*) Stuttgart, 19. Juli.

Heute kam der Haushalt des Ernährungsministeriums zur Erledigung. Da gab es manche Wünsche und Beschwerden, die in einer Reihe von Anträgen zum Ausdruck kamen. Ueber diese Anträge wird erst am Dienstag abgestimmt, die Forderung des Ernährungsministeriums selbst wurde einstimmig bewilligt. Aus den Ausführungen des Abg. Strobel sind einige Angaben hervorzuheben, die in der Kammer mit Spannung und sehr gemischten Gefühlen aufgenommen wurden. Danach ist beim Getreide eine Mittelermittlung, beim Futter nicht ganz eine Drittelermittlung zu erwarten. Der Bestand an Rindvieh in Württemberg ist an Zahl und namentlich an Beschaffenheit zurückgegangen, der Schweinebestand ist sehr gering, dagegen hat die Zahl der Schafe etwas zugenommen. Sogar hat die im Frieden übertragene Abgabe von Tieren an den Feind. Württemberg muß etwa 50 Hengste, namentlich vom Kaltblutschlag und 2 bis 3000 Stuten und Ältre Fohlen abgeben. Dadurch wird unsere Kaltblutzahl geradezu vernichtet. Dazu kommen 10 000 Milchställe, die täglich mindestens 50 000 Liter Milch geben, soviel als gegenwärtig auf Stuttgart kommt.

### Sitzungsbericht.

Das Haus ist schon besetzt.

Fortsetzung der 2. Beratung des Staatshaushalts für 1919.

Ernährungsministerium.

Es liegen hierzu 7 Anträge des Finanzausschusses vor, ferner 2 Anträge Strobel und Gen. (B.P.) und ein Antrag Kiene und Gen. (Z.)

Verdichteter Abg. Lauterbach (S.) bespricht die verschiedenen Anträge des Ausschusses und berichtet über den Besuch des Landtages. Entliche Teilnehmer stimmen darin überein, daß das Geschäft in seinem bisherigen Bestand erhalten bleiben soll.

Die Anträge des Finanzausschusses beziehen sich auf die Aufnahme der Kopfkrankheit der Pferde unter die Entschädigungspflichtigen Seuchenkrankheiten, die Erweiterung der Waldgrenz- und Laubstreuungen, die Gewährung einer ausreichenden Ration in die Selbstverförmiger, die Freigabe des Offiziersrechts, die Berücksichtigung der höher gelegenen Landteile bei der Felderpreispromie, die Herabsetzung der Ausmaßung des Brotgetreides, die Erleichterung der Viehhaltung auf den staatlichen Domänen, die Erklärung der Gerste als Brotgetreide.

Abg. Strobel und Gen. (B.P.) verlangen die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach der Ernte oder wenigstens die Aufhebung der Beschlagnahme und die Erhöhung der landwirtschaftlichen Höchstpreise, ferner Erleichterung der Mühlenkontrolle.

Der Antrag Kiene befragt die Abgabe von Getreide Saatgut und Waldkiele an die durch Hagelschlag betroffenen Gemeinden. — Zu dem Antrag von B.P. betreffend die landwirtschaftlichen Höchstpreise ist heute ein Abänderungsantrag eingegangen, wonach vor Abänderung der Höchstpreise Erzeuger und Verbraucher gehört werden. — Der Abg. Schröter und Gen. (S.) haben den Antrag eingebracht, beim Verkauf von Spaltholz dem Preisnehmer nachdrücklich entgegenzutreten und die bereits abgeschlossenen Kaufverträge für ungültig zu erklären.

Abg. Hermann (D.D.P.): Verbraucher wie Erzeuger wünschen die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Infolge der Milchpreisverhöhung ist die Milchlieferung gestiegen. Allerdings wird man auf Grund des Friedensvertrags aus Württemberg 11 000 Milchställe abliefern müssen, wieder ein böser Fischhahn eintreten.



Abg. Feuerstein (S.): Wie für die Rohstoffversorgung auch für die Volksernährung die Zwangswirtschaft zunächst noch beibehalten werden.

Abg. Ströbel (W.D.): Die Preispolitik war, im Reich wie im Land keine glückliche. Dies gilt namentlich von der Milchpreispolitik, die kleinlich, kurzfristig und stümperhaft war. Der Schleißhandel wird auch von der Landwirtschaft bedauert; der reelle Landwirt hat den Schaden. Die Strömungen und Stimmungen der Landwirtschaft sind derart, daß die Regierung ihren Wünschen Rechnung tragen muß, wenn sie nicht die schwersten Gefahren heraufbeschwören will. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft ist die erste und wichtigste Vorbedingung für die Steigerung der Produktion.

Abg. Feilmann (S.) wendet sich gleichfalls gegen die Zwangswirtschaft und fordert, daß die Regierung dem Brotgetreidebau, der in den letzten Jahren erschreckend zurückgegangen sei (in Württemberg um nicht weniger als 30 000 Hektar), weil er nicht mehr die Erzeugungskosten deckte, ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Minister Baumann: Dem Wunsche nach Abgabe von Waldstreu und Waldgras werde weitgehend Rechnung getragen. Beim Ernährungsamt sei die württembergische Regierung wegen der Erhöhung der Selbstversorgung vorstellig geworden. In der Frage der Frühjahrsprämissen ist die Regierung für eine Verabreichung und für eine Verlängerung der Fristen eingetreten. Es sei beabsichtigt, den Weizen künstlich zu 80 Prozent, den Roggen zu 82 Prozent auszuwählen. Unter der Zwangswirtschaft leiden nicht nur die Erzeuger, sondern auch die Verbraucher. Auf die Zufuhren aus dem Ausland dürften wir nicht allzu große Hoffnungen setzen; wie so frühe Aufhebung der Zwangswirtschaft könnte zu den schlimmsten Folgen führen. Hebräer ist die vorläufige Beibehaltung vom Reich unter Zustimmung der Nationalversammlung beschlossen.

Genen I Uhr hielt sich Präsident Reil veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß nicht acht Redner gemeldet sind, daß aber nach der Vereinbarung der Parteien heute der Etat des Ernährungsministeriums unter allen Umständen erledigt werden sollte.

Es sprechen hierauf noch Göhrling (S.), Gengler (S.), Hornung (H.S.P.), Siegel (S.), der den Zentrumsantrag zum Inhalt der Hagelbeschädigten begründet.

Abg. Haas (W.D.) befragt seinen Antrag, daß bei der diesjährigen Weinpreisbildung auf jeden Zwang und jede beherrschende Einwirkung verzichtet werden soll. Die Werte, laut der Redner, sind selbst daran schuld, daß die Weinpreise so hoch gestiegen sind; die Weinbäuer haben diesen hohen Preis nicht gewollt.

Minister Baumann: Ueber die Regelung der Preise für neuen Wein ist noch keinerlei Entscheidung getroffen; ehe dies feststehen wird, werden die beteiligten Kreise gehört werden. Die gleiche Erklärung kann ich bezüglich des Spätobstes abgeben. Die Hilfe für die Hagelbeschädigten wird sich die Regierung angelegen sein lassen.

Abg. Rapp (W.D.) wünscht, daß die Maßnahme von den Ortsvorständen ausgestellt werden dürfen.

Der Haushalts des Ernährungsministeriums wird genehmigt, die Abstimmlung über die Anträge zurückgestellt, da nur noch 48 Abgeordnete anwesend sind.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 4 Uhr.

## Der Deutsch-demokratische Parteitag.

Berlin, 19. Juli.

Heute nachmittag wurde in der Philharmonie unter großer Beteiligung der erste Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei eröffnet. Nach der Begrüßung der Mitglieder durch den preuß. Handelsminister Fischbeck wurde zunächst das Bureau und zum Vorsitzenden Abg. Oberbürgermeister Koch-Kassel gewählt. Abg. Chefredakteur Kusche-Berlin erstattete den Geschäftsbericht der vorläufigen Parteileitung. Er wandte sich besonders gegen den Abg. Stresemann und seine Gründung der Deutschen Volkspartei, die nicht den Anspruch darauf erheben könne, die Rechtsnachfolgerin der Nationalliberalen Partei zu sein. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung habe die demokratische Partei 5 600 000 Stimmen und 75 Sitze erhalten; ohne die besetzten Gebiete zähle sie 788 000 Mitglieder. An der Spitze marschieren Württemberg und Hamburg.

Den Bericht über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalversammlung erstattete Abg. Dr. Peterzen-Hamburg. Er verteidigte die aus der eigenen Partei heraus vielfach angefochtene Stellungnahme der Fraktion in den Fragen der Notverfassung, des Sozialisierungsgesetzes und der Waffensperre. Der Waffenstillstand sei nur eine Fortsetzung des Krieges gewesen. Obgleich die Nationalversammlung das höchste Recht besitze, habe noch nie ein Parlament so wenig Rechte besessen, denn von dem einst so stolzen deutschen Herr habe sie kaum eine Kompromisse zur Verfügung gehabt, um ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen. Daher habe man Kompromisse schließen und da und dort das Opfer der Ueberzeugung bringen müssen. Besonders scharf sei die Fraktion kritisiert worden, weil sie für die fünfjährige Wahlzeit der Nationalversammlung eintrat. Aber eine demokratische Regierung dürfe nicht die Politik der Strafe treiben; die Führer müssen den entscheidenden Einfluß ausüben und diese müssen erst herangebildet werden. Ueber die Gründe, die die demokratische Fraktion zum Austritt aus der Regierungsmehrheit veranlaßten, führte Peterzen aus: Ein Frieden, der die Auslieferung von Deutschen und das Schuldbekenntnis verlangte, sei am 12. Mai auf Drängen der Dem. Partei von der Reichsregierung für unannehmbar erklärt worden. Dieses „Unannehmbar“ sei aber von den beiden anderen Regierungsparteien und einer Minderheit der Dem. Partei nicht eingehalten worden. Die deutsche Friedensabordnung sei einmütig der Ansicht, daß nur einen besseren Frieden erreicht hätten, wenn die Forderungen der Unabhängigen und die schwankende und unsichere Haltung der Reichsregierung nicht das „Unannehmbar“ unwirksam gemacht hätten. Das konnte die Dem. Partei nicht mitmachen. Sie könne jetzt einige Zeit auch neben der Sozialdemokratie gehen. Die Sozialdemokratie habe sich in der Revolution nicht als eine Partei der Festigkeit erwiesen. In ihrer geistigen Armut habe sie die Kriegswirtschaft als Sozialismus ausgegeben. Das sind Redensarten. Das Rätersystem sei keine Demokratie. Man wolle nicht von der Massenherrenschaft von oben ist die von unten verfallen.

Berlin, 20. Juli.

In der heutigen Versammlung berichtete Graf Benckendorff über die zukünftigen Aufgaben der deut-

lichen Demokratie in der auswärtigen Politik. Er sagte u. a.: Wir können und wollen einen Machtkrieg nicht führen. Unsere Politik muß den Weg suchen, um in den Völkerbund und damit zur Revision des Versailler Friedens durch friedliche diplomatische Mittel zu gelangen. Der Gedanke des Völkerbunds steht dem nationalen Empfinden nicht entgegen. Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker werden wir in der Lage sein, im Völkerbund auf eine Verklärung der Besetzung der luftschleimigen Gebiete zu wirken. Wenn wir nicht in den Völkerbund kommen, wird der letztere das bleiben, was er heute ist: ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis. Auch die Lösung der sozialen Fragen kann nur in der Welt verbreitet werden durch den Völkerbund. Eine richtige Politik muß mit allen Ländern, die mit uns arbeiten wollen, wirtschaftlich und politisch Anknüpfung suchen. Bei neutralen Ländern scheint eine allgemeine Geneigtheit zu sein. Mit Italien haben wir schon einige Beziehungen angeknüpft. Auch mit England und Frankreich sollen wir es versuchen, sobald deren Regierungen dazu bereit sind. Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, mit Rußland und ebenso mit Ungarn wirtschaftlich die Beziehungen aufzunehmen. Wir müssen ihnen sagen, daß das deutsche Volk seine inneren Verhältnisse mit den Stimmgabeln regelt. Wir wollen keine Maschinengewehre in den Straßen und besonders nicht, wenn sie vom Ausland bezahlt werden. Gute Beziehungen mit Japan und China sind durchaus erwünscht. Der Verlauf des Krieges hat gezeigt, daß Japan eine rein ostasiatische Politik treibt. Folglich ist, daß Amerika eine starke asiatische Politik verfolgen.

Es folgt dann die allgemeine Aussprache, zu der 70 Wortmeldungen vorliegen, so daß eine Redebeschränkung vorgenommen wird.

Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Gerland (Zentrum) stellt die Parteitag der Fraktion möglichst einströmig ein Vertrauensvotum für ihr Verhalten in der Friedensfrage aus. Ein Anerbieten zum Wiedereintritt in die Regierung lehnt der Redner ab. Wilson, der es ehrlieh meine mit dem Völkerbund (heftiger Widerspruch), habe ein Interesse an unserem Eintritt. Man müsse Front gegen rechts einnehmen.

Redakteur Dr. Cohnstedt (Frankfurt a. M.) bedauert den Widerstand gegen die Preußischen Pläne der Neuenteilung Deutschlands.

Abg. Freiherr v. Richtigshofen: Die deutsche Politik muß aktiv sein. Ihre Passivität war schuld daran, daß wir in den Krieg hineingetrieben und ihn verloren haben. Ich habe den Frieden unterzeichnet in dem Optimismus, daß unser Volk trotzdem wieder vorwärts kommen würde. Wenn wir den Frieden nicht unterschrieben hätten, würden wir keine auswärtige Politik mehr gehabt haben, weil das Deutsche Reich nicht mehr existiert hätte. In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen können wir unbedingt mit Sozialdemokratie und Zentrum zusammengehen. Das Schuldkompromiß wäre nicht zustande gekommen, wenn wir in der Regierung gewesen wären.

Abg. Raumann: Die vorliegenden Fragen dürfen nicht agitatorisch behandelt werden. Wenn er auch auf den Beifall spekulieren wollte, würde er eine solche Rede halten, wie v. Richtigshofen. Es handelt sich nicht darum, was in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung das bequemste ist. Einige Monate später werden die Unterzeichneten brennend werden, wenn die Auslieferungsverhandlungen in Frage kommen. Die Arbeiter und Unternehmer werden jahrzehntelang dem Friedenstraktat nachblättern, das ihr Lebenshindernis ist, und fragen, wer das unterschrieben hat. Wenn wir unterschrieben hätten, dann wäre die Vertretung des deutschen Nationalgedankens in die Hände der Reichs regierten. Wenn wir die Unterzeichnung nicht übernahmen, müßten wir als Partei ausscheiden. Eine Partei, die um jeden Preis und zu jeder Zeit in der Regierung bleiben will, wird gesinnungslos. Das große Spiel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Richtung des Schuldkompromisses ist älter. Auch in der Regierung hätten wir nichts ändern können. In Erzberger steckt eine starke politische Tendenz. Der Finanzminister sucht sein eigenes Kanzler zu sein. Er ist der hervorragende Kopf im Ministerium und auch der Regierung sein Gesicht aufzutragen. Es ist möglich, daß Erzberger viel Gutes schafft, aber die Frage des Parteitages ist die, ob das, was dabei herauskommt, deutsch-demokratische Politik ist.

Ein Redner aus dem besetzten Gebiet erklärt, daß sie damit einverstanden gewesen wären, daß dieser Frieden abgelehnt werde, weil die draußen ein Gefühl nationaler Ehre bekommen hätten. Draußen ist heute ein stärkerer deutscher Geist als im Reich.

## Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Leider ist die Hoffnung auf eine baldige Erlösung unsere schwergeprüften Landsleute nicht berechtigt. Im Artikel 214 der Friedensbedingungen heißt es, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen, sobald als möglich und mit der größten Beschleunigung durchzuführen werden soll. Im Artikel 215 wird gesagt, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten durch eine Kommission zu sichern sei, die aus Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte und aus solchen der deutschen Regierung bestehen soll. Schon deutsche Vertreter für diese Kommission waren nun schon seit Wochen vergeblich in Versailles auf die Ernennung und das Erscheinen der gegnerischen Mitglieder. Ehe diese Kommission nicht ihre Arbeit, die immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, aufgenommen hat, ist an eine Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten nicht zu denken.

Der deutschen Regierung stehen keine Machtmittel zur Verfügung, um eine Beschleunigung dieser Kommissionsberatungen zu erzwingen. Sie kann nur immer aufs neue die feindlichen Regierungen nachdrücklich bitten, mit der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen

nen Ernst zu machen, und endlich wenigstens die Mitglieder für die Kommission zu ernennen.

## Der Kundgebungsstreik.

Der große Kundgebungsstreik in den europäischen Staaten am 21. Juli ist, soweit die Nachrichten vorliegen, nur teilweise zur Durchführung gekommen. Der Zweck des Streiks ist verschieden. Im Ausland bezieht er sich auf die restlose Durchführung des achtstündigen Arbeitstags und die Erzielung einer Lohnerhöhung; daneben soll gegen das bewaffnete Einschreiten der Entente in Rußland und Ungarn protestiert werden. Der Friedensvertrag mit Deutschland kommt für die ausländische Arbeiterschaft gar nicht, oder nur in vereinzelten Ausnahmen in Betracht. In Deutschland beschränkt sich die Kundgebung zunächst auf Versammlungen der Reichssozialdemokratie ohne Streik, in denen gegen den Imperialismus im Generalstreik protestiert und die Stimme für Völkerbrüderung und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens erhoben wird. Die Unabhängigen haben dagegen in den größeren Industriestädten vielfach die Niederlegung der Arbeit durchzusetzen vermocht und neben dem Protest gegen den Imperialismus u. a. auch die ausländische Forderung zu der ihrigen gemacht, daß die fremden Truppen aus Rußland und Ungarn zurückgezogen werden. Von der europäischen Kundgebung haben sich aber in letzter Stunde die Franzosen zurückgezogen, nachdem die Arbeiterführer mit Clemenceau ein Abkommen getroffen hatten, das die wesentlichen Forderungen der Arbeiterparteien erfüllte. Der Generalstreik in Frankreich soll „vertagt“ werden. Die Zugeständnisse betreffen die Annahme von 150 000 politischen und militärischen Vermittelern und die Zusage, daß die Demobilisierung bis Ende September durchgeführt sein werde. Der Kampf gegen die Maßnahmen in Rußland und Ungarn soll fortgesetzt werden.

Berlin, 21. Juli. Die Große Berliner Straßenbahn, die Siemensbahn und die städtische Straßenbahn stellen heute früh die Arbeit ein. Die Hoch- und Untergrundbahnen werden sich dem Streik anschließen. Das kaufmännische Personal beteiligt sich nicht an dem Ausstand. Das Fahrpersonal der Omnibusgesellschaft tut Dienst. Der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr erleidet keine Störung, ebenso wird der Fernverkehr der Eisenbahn aufrecht erhalten. Die Arbeiterschaft der lebenswichtigen Betriebe streiken. In den städtischen Gaswerken und elektrischen Werken ruht der Betrieb vollständig. Die städtischen Wasserwerke hofft man mit Hilfe arbeitswilliger Kräfte in Gang erhalten zu können.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung“ sagt: Wohl nie ist ein Streik weniger begründet und sinnloser gewesen als der, den wir heute wieder erleben sollen. In dieser Weise mit dem Wirtschaftsleben eines Volkes Handbau treiben, ist frevelhaft.

Berlin, 21. Juli. Reichswehrminister Noske hat die Abhaltung der Versammlung, welche die Unabhängigen unter freiem Himmel planen, verboten.

Versailles, 19. Juli. Nach einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau hat der Verwaltungsrat der französischen Gewerkschaften gestern beschlossen, den für den 21. Juli geplanten allgemeinen Ausstand zu vertagen.

Rom, 21. Juli. Ein großer Teil der Gewerkschaften hat die Beteiligung am Streik abgelehnt. Der Eisenerz für die Kundgebung ist überall gesunken.

## Der österreichische Frieden.

Paris, 21. Juli. Tustaja überreichte Kernen den vollständigen Text des österreichischen Friedensvertrags mit einem Briefe Clemenceaus, in dem den Österreichern 10 Tage zur Unterbreitung schriftlicher Bemerkungen eingeräumt werden.

Nach dem Vertragsentwurf darf Österreich eine Armee von 30 000 Mann unterhalten und muß sich, wie Deutschland, grundsätzlich für alle aus dem Krieg entstandenen Verluste und Schäden verantwortlich erklären. Die Wiedergutmachungskommission setzt die bis 1. Mai 1921 zu zahlende Entschädigungssumme fest. Die Vorkriegsschuld Österreich-Ungarns wird von allen Neustaaten und Österreich getragen. Der Anteil jedes Staats wird von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt. An der Kriegsschuld nehmen die Neustaaten nur bis zum Betrag von 1500 Millionen Goldfrank teil. Davon entfällt die Hälfte auf Tschechoslawien, die andere Hälfte wird gemeinsam von Polen, Rumänien und Südslawen getragen. Südtirol bis zum Brenner wird italienisch. In Kärnten wird eine Abstammungszone geschaffen, die im wesentlichen das ganze Klagenfurter Becken umfaßt. Dieses Gebiet wird in zwei Teile geteilt. Zunächst wird innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrags im südlichen Teil abgestimmt. Fällt die Abstimmung zu Gunsten Österreichs aus, so fällt auch der nördliche Teil ohne besondere Abstimmung in Österreich. Entscheidet sich das südliche Gebiet für Jugoslawien, so wird 3 Wochen später im Nordgebiet die Abstimmung vollzogen. In Steiermark wird den Forderungen der deutsch-österreichischen Delegation nicht Rechnung getragen. Deutsch-Westungarn wird zum größten Teil Deutschösterreich zugesprochen, daß Oedenburg und der Neusiedler See an Dester kommen. Die Grenze gegen die Tschechoslowakei ist insofern leicht geändert, als die Grenze nicht am rechten Maroschauer, sondern mitten im Fluß verläuft, so daß Deutschösterreich die Schifffahrt ermöglicht wird.

## Neues vom Tage.

Berlin, 21. Juli. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir: In Frankreich streiken die Arbeiterverbände und Verkehrsinstanzen, wie Post und Telegraph, nicht, in England ist von einem Streik nicht zu reden, in Italien nur an einzelnen Orten. Auch in Deutschland wird nur vereinzelt gestreikt.



### Aus dem Bezirk

**Wildbad, 20. Juli.** Bei der Besprechung im Ernährungsministerium wurde in Aussicht genommen, den Oberämtern zu gestatten, daß Fremde ohne ärztliches Zeugnis bis zur Dauer von drei Wochen, aber innerhalb der schon bisher vorgeschriebenen Zahl von Uebernahtungen und auch jetzt noch nur mit Erlaubnis des Oberamts, das bei einer Störung der allgemeinen Ernährung zu Sperreerfügungen ermächtigt ist, aufgenommen werden können.

**Wildbad, 21. Juli.** Einen Kunstgenuss bot Samstagabend im Kurfaal der Männergesangsverein „Concordia“

Stuttgart-Cannstatt durch Aufführung eines Silder-Konzertes zum Besten der Kriegsblinden-Fürsorge. Unter Leitung ihres Dirigenten, Dr. Musikdirektor Gg. Ad. Kad, gab die „Concordia“ durch Vortrag einer Auswahl Silder-Kompositionen Zeugnis ihres Könnens. Angenehme Abwechslung boten Fel. Alice Mid, Alt, und Fel. Erika Kuitzen, Sopran, mit dezenten Silder-Liedern, zumteil in schwäbischer Mundart, die reichen Beifall ernteten. Erwähnenswert ist auch eine Serenade für Tenor und Clarinette, von Herrn Müller, Cannstatt und Herrn Schwefold (Kurohrheber) gut zu Gehör gebracht. Einen würdigen Abschluss des Konzertes bildete ein Altdeutsches Gralied „Ehrenvoll ist er gefallen“,

ein Kunstchor, der mit feinen reichen Einfügen die gut Schulung der „Concordia“ im besten Lichte zeigte.

**Wildbad, 22. Juli.** (Luftiger Meister-Abend). Ein großer Kunstgenuss steht dem Publikum von Wildbad bevor. Arnold Meister, ehem. königl. Hofchauspieler aus Stuttgart, ein Vortragsmeister von origineller Note, gibt Freitag, den 25. Juli im Saal der alten Linde einen luftigen Abend. Der Künstler, der in Stuttgart und weiterer Umgebung nur vor ausverkauften Häusern singt, bringt Volkslieder, Wienerlieder, Eigenes und Heiteres, er begleitet sich dazu selbst meisterhaft am Flügel.

**Für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen** ist bei der Erwerbslosenfürsorge (Lebensmittelamt) eine besondere Fürsorgestelle errichtet worden, die sie zu beraten und nötigenfalls zu unterstützen hat.

Die Kriegsgefangenen wollen sich daher sofort nach ihrer Ankunft bei der Fürsorgestelle melden.

Wildbad, den 21. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Vögner.

**Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.**

An die Gemeinden werden

**17153 kg Teigwaren**

ausgegeben.

Die Unterausteilung ist Sache der Gemeinden. Im Kleinverkauf darf ein Höchstpreis von 66 Pf pro Pfund nicht überschritten werden.

Den 16. Juli 1919. Oberamtspfleger Kübler.

Veröffentlicht:

Wildbad, den 18. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Vögner.

### Kunsthonig.

Auf Lebensmittelmarkt 38 wird abgegeben:

**900 gr Kunsthonig.**

Listenschluß: Mittwoch Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt: Arbeiterrat

Kappellmann.

Schlüter.

Wegen Koks- und Kohlenmangels muß bis auf Weiteres die **Badanstalt im Schulhaus** eingestellt werden.

Wildbad, den 22. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Vögner.

### Amerikanischer Späti an Hotels, Gasthäuser und Pensionen.

Hotels, Gasthäuser und Pensionen erhalten eine besondere Zuweisung von **amerikanischem Späti**.

**Bezugscheine** werden von heute ab bis **Mittwoch nachm. 6 Uhr** auf dem Lebensmittelamt abgegeben.

Lebensmittelamt: Kappellmann, A. R. Schlüter.

### Mädchen-Gesuch.

Auf 1. oder 15. August wird in kleinen Gasthof **anständiges Mädchen** für Küche und Zimmer gesucht, demselben ist Gelegenheit geboten das **Kochen** gründlich zu erlernen. Lohn, Kost und Behandlung gut. Zu erfragen bei der Exped. d. Bl. unter Nr. 190.

Im Anfertigen von

### Grabeinfassungen

Staffeltritten und Wassersteinen

aus buntem Sandstein empfiehlt sich bei tadelloser Ausführung und billigster Berechnung

Wilh. Maier,

Steinhauer :: Wildbad.

Empfehle

**Gindunstapparate, Conservengläser**

**Gummiringe in allen Größen**

beste Qualität - Neuheit

**Boti's Conservengläser**

ermöglichen sofortiges leichtes Öffnen ohne Glasöffner. Verlehen der Gummiring-Deckel oder Gläser ausgeschlossen.

**Carl Gühler, Wildbad.**

einen guten **Haustrunk**

die Flasche zu 100 Liter reichend, kostet M. 15.-

Viele Anerkennungen.

Ruß Heidelbeeren mit Jutaten kosten zu 100 Liter M. 16.-, wozu aber Zucker benötigt wird, mit Süßstoff kostet das Paket M. 2.- mehr.

Jeder sollte einmal einen Versuch machen.

Alleiniger Hersteller:

**Rudolf Ruf, Ettlingen, Heidelberg-Verband.**

Niederlagen werden errichtet.

### Codes-Anzeige.

Liebeträbt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser guter, treu- besorgter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

### Christian Krautwasser

am Montag früh 10 Uhr im 54. Lebensjahr, nach langem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

**Die Hinterbliebenen.**

Beerdigung: Mittwoch, den 23. Juli nachmittags 3 Uhr.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an dem schweren Verluste unserer lieben Großmutter, Urgroßmutter und Tante

### Wilhelmine Link,

Witwe, geb. Gutbub,

sagen wir auf diesem Wege allen denen, die sie während ihrer Krankheit besuchten, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen und den Gesang des verehrt. Viederkranzes, sowie für die zahlreichen Kranzspenden und allen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten unseren innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Familie Fritz Link.**

### Schulnachrichten.

Ein Urteil aus dem „Unterländer Kurier“ über die nach Wildbad verlegte Reformschule: „Schon so mancher Schüler erreichte sein Ziel nicht. Das Mißgeschick ist bedauerlich, kann aber wieder gut gemacht werden. Die Reformschule hat viele Hunderte von Schülern wieder in Reich und Glied gebracht. Unser großer Vöndmarck ist auch wiederholt sitzen geblieben und hat dann in einer Privatschule seine Förderung erhalten. Wer also das Schulziel verfehlt hat, braucht deshalb nicht zu verzweifeln. Er wende sich an die Reformschule (Abteilungen: Gymnasial, Realgymnasial u. Oberrealschulklassen), die anerkanntswürdige Ergebnisse erzielt, was sich am besten in der Tatsache wieder spiegelt, daß die Zahl ihrer Schüler während des Krieges - trotz der Abberung im Festungsbezirk Strassburg-Kehl - fast vierhundert betrug. Das Vertrauen, das die Reformschule bis in die höchsten Kreise genießt, ist vollumfänglich gerechtfertigt.“

### Medic. Drogerie

Grundn. Nachf. Gebr. Schmit

### Apotheker-Waren

Verbandstoffe aller Art

Gummi-Waren

Nähr- u. Kräftigungsmittel

Drogen u. Chemikalien

Mineral-Wässer



### Schuhwaren!

**Pantoffeln**

und **Hauschuhe** mit **Ledersohlen**

Gummi-Abfälle, Leder-, Maccos-, Seide- u. Eisen-garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in schwarz, weiß und farbig empfiehlt

**Herrn Lutz, Schuhgeschäft, Wildbad.**

**Präkolade u. Bonbons**

sowie

**Toilettenseife**

in Stücken in 1.80 bis 8 Mk.

sowie garantiert reine

**Sunl-Wäsche**

empfehlen

**Dro. Albert Barth, Calmbach.**

**Geschäfts-Empfehlung.**

Die Schwarzwälder Haus- schuhfabrik und Reparaturan- stalt in Höfen a. G. übernimmt

**Reparaturen**

jeder Art, sowie Neuanser- tigungen unter Zusicherung reeller und pünktlicher Aus- führung.

Preisiges, ehrliches

### Mädchen

für Haus- und Zimmerarbeit kann sofort eintreten.

Wo, sagt die Red. d. Bl.

Auf 1. Aug. zur 4-wöchent- lichen Aushilfe ein tüchtiges

### Mädchen

gesucht bei hohem Lohn.

Zu erfragen in der Exped.

d. Bl. unt. Nr. 190.

Eine

### Frau

oder

### Mädchen

für Küchenarbeit sofort

gesucht. Hotel Weil.

Tüchtiges

### Mädchen

für kleinen Privathaushalt

sofort oder 1. August für

Berlin-Friedenau bei gutem

Lohn gesucht. Reisevergütung.

Zu erfrag: Badischer Hof.

### Gluck-Gluck

Das bestbewährte Eier- legemittel, wird dem Hühnerfutter zugemischt.

### „Percol“

mit Lebertranzusatz, Krampfmittel f. Schweine

Vorbeugungsmittel geg. Rotlauf, erhöht die Freß- lust ungem.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie

**Grundner's Nachf.**

### Verloren

ein **Persianer-Kragen**

mit grauem Futter.

Gegen gute Belohnung ab- gegeben beim Portier des

**Hotel Klumpp.**

Ein **Reichsadressbuch**

kauft Reformschule Wildbad.

**Albert Bott, Dienstadt**

hat noch abzugeben:

**Seklinge,**

**gelbe Bodenlohraben,**

per hundert 2 Mark.

Bestellungen müssen sofort ge- macht werden.

Defen, Herde,

**Waschkessel**

empfehlen

**Fritz Krauß,**

Eisenwaren,

Hauptstraße 148 :: Wildbad.

Gutes

**Bodenöl**

frisch eingetroffen bei

**Maler Bott, Calmbach.**

General-Vertreter

**General-Vertreter**

sofort gezeichnet.

bei hoher Provision für

la. Waschmittel.

Schriftl. Anfragen zwecklos.

Fahrtgeld sowie Spesen ver- gütet bei Anstellung

**Fritz, Stuttgart, Villstr. 28.**

Calmbach.

**Verkaufe eine gute**

**Sahnenziege,**

ein 6 Wochen altes

**Biegenlamm,**

sowie 4 Stück 10 Wochen alte

**Hasen.**

H. Seyfried,

Wildbaderstr. 125.

Verkaufe 2 junge, 32 und

4 Monate alte

sowie trüchtige Biene.

**F. Kappler, Neuenbürgstr. 259**

**Landeskur-Theater**

Heute abend

**Die Csardas-**

**Fürstin.**

**Flechtenleiden**

jeder Art heilt gründlich u.

dauernd Flechtenhautstein

deutsches Reichs-Patent

Wildberger & Co.,

Stuttgart 83.